
Gewerkschaften 1984

Hans O. Hemmer: Gewerkschaften im Orwell-Jahr-Erneut am Scheideweg?*

In George Orwells Roman „1984“, dem Menetekel dieses Jahres und des Jahrtausend-Restes, ist auch von Gewerkschaften die Rede: In dem verbotenen Buch „Theorie und Praxis des oligarchischen Kollektivismus“ des einstigen Konkurrenten des „Großen Bruders“, des Renegaten und „Staatsfeindes“ Immanuel Goldstein ist der Romanheld Winston Smith über die Zusammensetzung der Führungselite des totalitären Überwachungsstaates: „Die neue Aristokratie setzte sich zum größten Teil aus Bürokraten, Wissenschaftlern, Technikern, Gewerkschaftsfunktionären, Propagandafachleuten, Soziologen, Lehrern, Journalisten und Berufspolitikern zusammen“.¹ Wie so manche andere Einschätzung Orwells scheint auch diese klar-sichtig, ein Blick auf die Führungseliten in Ost und West bestätigt sie im großen und ganzen. Und dennoch: Mögen Gewerkschaftsfunktionäre in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ (Rand-)Figuren der Machtausübung sein und mögen sie auch in einigen westlichen Demokratien zu „Partnern“ der Mächtigen und zu Objekten der Eliteforscher geworden sein, so zeigen jüngste Entwicklungen hier wie dort, daß ihnen der Platz im Orwellschen Neu-Adel beileibe nicht sicher ist. Hier kann weder von östlichen Arbeitnehmerorganisationen - und in diesem Zusammenhang auch von der Rolle der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc“ - die Rede sein, noch von *den* Gewerkschaften des Westens; es sollen nur vorläufige Überlegungen zur aktuellen Situation der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland angestellt werden. An Orwells Aufzählung anknüpfend sei mit den Gewerkschaftsfunktionären begonnen:

* Anregende Lektüre zum Thema:

Gerhard Brandt/Otto Jacobi/Walter Müller-Jentsch: Anpassung an die Krise. Gewerkschaften in den siebziger Jahren, Frankfurt/New York 1982; Josef Esser: Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/M. 1982; Wolfgang Ockenfels: Gewerkschaften und Staat. Zur Reformdiskussion des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walberberg 1979; Thomas Schmid: Konservativ—Alternativ—Progressiv?, in: natur, Nr. 1/Januar 1984, S. 66-69; Hartmut Schwenk: Arbeit ist für alle da, in: natur, Nr. 9/September 1983, S. 51-66.

1 George Orwell: 1984. Roman, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1976, S. 189

Nicht wenige Wissenschaftler, Propagandafachleute, Soziologen, Journalisten und Berufspolitiker (die Reihe wäre zumindest noch um Arbeitgeber und ihre Beauftragten zu verlängern) hierzulande behaupten, Gewerkschaftsfunktionäre seien dabei, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu ruinieren. Und zwar nach folgendem Schema (Übertreibungen und bei Orwell entlehnte Verfremdungen dienen der Vereinfachung und Verdeutlichung): Einige maßgebliche Gewerkschafter erhalten (aus dem feindlichen Eurasien) den Auftrag, in Ozeanien die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden aufzustellen. Auf diesem Wege soll die Ökonomie schwer geschädigt und schließlich die gesamte politisch-gesellschaftliche Ordnung aus den Angeln gehoben werden. Der traurige Rest (so soll man wohl weiterdenken) fällt dann dem Neo-Bolschewismus in den Schoß.

Diese „Argumentation“ folgt dem Orwellschen Muster exakt, indem sie die Befürworter eines den Mächtigen nicht genehmen Vorschlags außerhalb der Gesellschaft und in die Nähe einer fremden, allgemein abgelehnten Macht zu stellen trachtet. Soweit es bei den derart „Überführten“ um Gewerkschafter geht, konnte die Orwellsche Vision bereits zur Zeit ihres Entstehens keinen Anspruch auf Originalität erheben: In Deutschland war es, insbesondere in schwerindustriellen und ihnen nahestehenden politisch-reaktionären Kreisen, fast während der gesamten Weimarer Republik üblich, die Gewerkschaften und ihre Funktionäre als Frevler an der Volkswirtschaft und damit am Wohl des Ganzen hinzustellen. Und die Nationalsozialisten, bei denen die „Funktions- und Hoheitsträger“, von den Block- und Zellenwarten bis hin zu den Gauleitern, eine anmaßende, angepaßt-miefig-brutale Bürokratenstruktur formierten, ließen Gewerkschafter nach dem 2. Mai 1933 in Zeitungen als korrupte Bonzen ablichten, die sich an Arbeitergroschen berauschten. So wurde der spätere DGB-Vorsitzende Hans Böckler gezwungen, „sich neben einer Batterie von Schnapsflaschen in seinem Büro fotografieren zu lassen. In der Zeitung stand am darauffolgenden Tag, die Büros der Gewerkschaftsführer hätten in „ihrer übermäßig prunkvollen Aufmachung ihrer eigentlichen Bestimmung, schlichte Arbeitsräume für Arbeiterführer zu sein“, nicht entsprochen, und die Mittel, die dafür ausgegeben worden seien, hätten „besser für das Wohl der Arbeiter verwendet werden sollen.“²

Wie diese traditionsreiche Kritik von rechts nimmt eine ebensowenig neue „linke“ Kritik dasselbe Ziel ins Visier: die „Bonzen“. Sie haben 1914 und 1932/33 versagt, haben die ihnen vertrauenden Arbeiter verraten, haben sich über Jahrzehnte mit den Brosamen begnügt, die gnädigst von den Tischen vollgefressener Kapitalisten unter die Arbeitermassen gestreut wurden. Und gegen die Nachrüstung haben sie wiederum nicht zum Generalstreik aufgerufen, „dem sich, daran ist nicht zu zweifeln, in großer Zahl Beamte und Angestellte angeschlossen hätten!“ Und an den Nachweis, daß Gewerkschaften, Funktionäre, Sozialdemokraten bereits zweimal in diesem Jahrhundert als „Versager in Großformat“ Weltkatastrophen mitverursacht haben, wird die bange Frage geknüpft: „Bahnt sich der dritte Fall von Selbstverrat in diesem Jahrhundert an...?“³ Auch hierzu eine Erinnerung an den ersten DGB-Vorsitzenden: Dem Sozialdemokraten Böckler, der wohl mit ebenso großer Begeisterung wie Millionen andere Gewerkschafter auf den Beginn des „Verteidigungskrieges“ 1914 reagiert hat und der ebenso wenig gegen den deutschen Überfall auf Polen 1939 und alles, was folgte, getan hat wie Millionen Arbeiter und Ange-

2 Ulrich Borsdorf: Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982, S. 316

3 Erich Kuby: Gewerkschaften: Versager im Großformat, in: Konkret, Januar 1984, S. 38-41

stellte, wurde in einer Sitzung des Kölner Stadtrats 1925 von kommunistischer Seite vorgeworfen, er habe sich „offen auf die Seite der Faschisten gestellt, wohin er gehört.“⁴ Es tut wenig zur Sache, daß es weder um Rüstungsaufträge noch um Programmik ging, sondern um den Bau von Straßenbahnwaggons. Die Vorwürfe des „Sozialfaschismus“, des „Verrats“, des „Versagens“ zielen ebensowenig wie die Unterstellung, im Dienste feindlicher Mächte tätig zu sein, auf Größenordnungen, sie gelten einem als prinzipienlos verrufenen Prinzip: dem kompromißbereiten, kompromißbedürftigen Reformismus, dem es in erster Linie um die Gleichberechtigung der Arbeit im Kapitalismus geht.

In schweren und anhaltenden Krisen gerät diese Position von zwei Seiten unter Druck: die eine will soziale Errungenschaften abbauen, will Arbeitnehmerrechte einschränken oder gar beseitigen, will wohl zurück in den Klassenstaat des Kaiserreichs; die andere sieht die Systemfrage gestellt, will wohl die Zuspitzung zur revolutionären Situation als Vorbedingung für die - sattsam bekannte - klassenlose Gesellschaft.

Dabei haben partnerschaftliche, vorwiegend kooperative Gewerkschaftspolitik und Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen bisher in der Bundesrepublik - auch im internationalen Vergleich - ansehnliche Ergebnisse gebracht. Vielleicht nur deshalb, weil es lange Zeit „Verteilungsspielräume“ gab, wirtschaftliches Wachstum und die mangelnde Bereitschaft, seine Folgewirkungen in die Kalkulationen einzu-beziehen? Taugt diese Art des Korporatismus also nur für „Schönwetterzeiten“, handelt es sich um einen substanzlosen, eben doch nicht auf Prinzipien und Überzeugungen fußenden Pragmatismus, der deshalb nicht stilbildend wirken, der Republik nicht das Rückgrat stärken kann, sondern in der ersten tiefgehenden Krise wegnickt?

In der Forschung über die Weimarer Republik herrscht weitgehend Übereinstimmung darin, daß es ihr an Republikanern gefehlt habe, daß insbesondere die politischen, ökonomischen, geistigen Eliten diesen Staat nie akzeptiert haben. Unter diesem existenzbedrohenden Stigma scheint die Bundesrepublik nicht zu leiden. Im Hinblick auf die Einschätzung der Gewerkschaften fällt der Vergleich ungünstiger aus. Auch wenn es in der zweiten deutschen Demokratie an verbalem Lob von hohen und höchsten politischen Stellen für die verantwortungsbewußte Arbeit der Gewerkschaften bisher nicht gemangelt hat, fällt doch auf, daß die Gewerkschaften nach wie vor, zumindest in schwierigen Zeiten, häufig als Fremdkörper und Störenfriede denunziert werden. Der Schlüsselbegriff lautet damals wie heute „Gewerkschaftsstaat“. Sollte sich nun, nach 35 Jahren erfolgreicher Praxis mit pragmatischen Formen des Klassenkampfes herausstellen, daß der vom Staat flankierte Versuch des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit von den organisierten Unternehmern nicht (mehr) in den Bereich des Grundkonsenses gezählt wird? Daß sie bereit sind, die Gunst der Stunde für eine Machtprobe zu nutzen? Daß der Konflikt um die 35-Stunden-Woche zum Ruhreisenstreit der Bundesrepublik wird?⁵ Einige Indizien, so zum Beispiel die Töne auf der vorweihnachtlichen Jahresver-

4 Borsdorf, Böckler, S. 222

5 Von Oktober bis Dezember 1928 kam es zu einer schweren Tarifaueinandersetzung, dem sogenannten Ruhreisenstreit, in der Eisenindustrie des Ruhrgebiets. Die Arbeitgeber, die einen Schlichtungsspruch nicht anerkannten, sperrten mehr als 200000 Arbeiter aus. Schließlich konnte der Konflikt mühsam durch einen umstrittenen Schiedsspruch des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Carl Severing beigelegt werden.

Sammlung der Arbeitgeberverbände, sprechen dafür. Manches spricht auch dafür, daß Arbeitgeber und deren Freunde sich für ihren harten Konfrontationskurs altbewährte Vorurteile zunutze machen können und daß ihnen auch die objektiv schwierige Lage vieler Arbeitnehmer zugute kommt.

Das erwähnte, seit Robert Michels hinlänglich bekannte und variierte „Bonzen“-Argument unterstellt bei Bedarf auch, daß die Gewerkschaftsfunktionäre in ideologischer Verböhrtheit utopische Ziele durchdrücken wollen, während die Gewerkschaftsmitglieder, die Arbeitnehmer insgesamt, „vernünftig“ seien. Tatsächlich ist die Konstellation nicht unbekannt, in der Funktionäre auf übergeordnete Ziele verweisen, während für die Mehrzahl der Mitglieder zunächst die Sicherung der eigenen Existenz ganz im Vordergrund stehen *muß*. In einer ähnlichen Situation befinden wir uns gegenwärtig: Die Gewerkschaften wollen, um Demokratie und Sozialstaat zu stabilisieren und auf lange Sicht zu sichern, mittels Arbeitszeitverkürzung einen wirksamen Beitrag gegen die Massenarbeitslosigkeit leisten. Dem stimmen im Grundsatz viele Arbeitnehmer zu. Verständlicherweise ist für sie allerdings die Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes und eine annähernde Bewahrung des Lebensstandards von vorrangiger Bedeutung. Wenn diese existenziellen Größen Jahr für Jahr kaum oder gar nicht gesichert, geschweige denn verbessert werden können, wenn die Gefahr der ständigen Arbeitsintensivierung hinzutritt und ein Abbau von Arbeitslosigkeit nicht verbindlich gewährleistet werden kann, dann ist die Solidarität zwischen denen, die Arbeit haben und den Arbeitslosen in Gefahr, brüchig zu werden. Genau hier könnte eine stabilisierende Politik der Arbeitgeber und ihrer Verbände ansetzen, die nicht der Stützung der ungeliebten Funktionäre und nicht der Stärkung des gewerkschaftlichen Gefüges zu gelten hätte, sondern dem gerade von Arbeitgeberseite oft beschworenen Gesamtwohl. Wenn dem Gesamtwohl zur Zeit und noch mehr in nächster Zukunft am ehesten mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gedient ist, dann läßt sich dies nur in der Form einer konzentrierten Anstrengung von Staat, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Parteien, Arbeitnehmern und Arbeitslosen denken. Ein solcher Ansatz läge durchaus in der Tradition der bisher vorherrschenden Sozialbeziehungen. Die Programmatik (z. B. Tabu-Katalog) und die aktuelle Politik der Arbeitgeberverbände lassen allerdings eher die Vermutung zu, daß die Sicherung und Stärkung des Gemeinwohls von einer Schwächung der Gewerkschaften und der Passivität gegenüber der Arbeitslosigkeit erwartet wird. Frei nach Orwell hieße das: „Solidarität ist Schwäche“ und „Arbeitslosigkeit ist Wohlergehen“. Die Orwellsche „Neusprache“ entlarvt die Denkstrukturen.

Gegen das als „Bonzenforderung“ verteufelte Konzept arbeitsmarktwirksamer Arbeitszeitverkürzungen setzen die Arbeitgeber im wesentlichen individuelle „Flexibilisierungen“ der Arbeitszeit. Nimmt man die sich mehrenden Stimmen aus dem Arbeitgeberlager hinzu, die tarifvertragliche, d. h. kollektive Regelungen insgesamt in Frage stellen, ergibt sich, wohin die Reise durch die schöne Landschaft der Individualisierung schließlich führen könnte: in die Vereinzelung auch im Arbeitsleben, zum Einzelarbeitsvertrag für alle, wie er aus vor- und frühgewerkschaftlicher Zeit bekannt ist. Diese Form von „Individualität“ ging damals einher mit harter Ausbeutung, mit beinahe völliger Recht- und Wehrlosigkeit der Arbeiter. Heute werden die Segnungen von „Flexibilisierung“ und „Individualisierung“ im Arbeitsleben in hellen Farben geschildert, gerade auch von Vertretern kluger und feiner Redaktionen. Sie tun so, als lebte die Mehrheit der Bevölkerung in jener zahllose Symposien inspirierenden postindustriellen Gesellschaft, in der die Vielzahl hochbezahlter Dienst-

leister auf ein bißchen Einkommen verzichtet, um sich - stunden-, tage-, monats- oder gar jahresweise - den Spielarten einer schöpferisch gestalteten Freizeit hinzugeben. Ein kurzer Blick auf die Empirie jenseits privilegierter Arbeitssituationen - nämlich auf die allgemeine Einkommensstatistik - genügt, um die undifferenzierte Verherrlichung von „Flexibilisierung“ als Ideologie erkennen zu lassen: Für die weitaus meisten derer, die in dieser von einer langanhaltenden Strukturkrise gezeichneten kapitalistischen Wirtschaft ausschließlich auf Lohn und Gehalt angewiesen sind, bedeutet „Flexibilisierung“ nicht die Verheißung eines (noch) leichteren und schöneren Gefüges von (befriedigender) Arbeit und (erholsamer) Freizeit, sondern die Aussicht darauf, mit dem entsprechend geminderten Einkommen kein Auskommen (von der Alterssicherung u. ä. zu schweigen) mehr zu finden. Und solche Arbeitnehmer werden sich schwertun, als vereinzelte Individuen dem Unternehmer, dem Manager gegenüberzutreten, Rechte geltend zu machen und durchzusetzen - wenn die Hilfe der gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft fehlt. Eine Vision Orwellschen Zuschnitts ließe sich ausmalen: Eine (weltweit) auf wenige Bereiche und Firmen konzentrierte, hochtechnisierte Industrie- und Wirtschaftsstruktur, in der die Arbeitnehmer arbeitsrechtlich und tariflich „individualisiert“ sind. Zusammen mit der schon heute feststellbaren (und von interessierter Seite geförderten) Vereinzelung der Menschen in anderen Lebensbereichen und den Überwachungs-, Aufzeichnungs- und Speicherungsmöglichkeiten für umfassende Informationen über jeden einzelnen ergäbe eine gesellschaftliche „Ordnung“, in der weder für die materielle noch die humanitäre Funktion von Gewerkschaften Platz sein dürfte.

Der Schrecken einer solchen Zukunftsvariante und das Bewußtsein der Gewerkschaften, einer noch keineswegs erfüllten Aufgabe zu dienen, bieten allerdings wohl kaum Gewähr dafür, daß ein solcher oder ähnlicher Weg nicht doch - sogar mit der ausdrücklichen oder stillschweigenden Billigung vieler Arbeitnehmer - eingeschlagen wird. So können Vorschläge zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und zur Individualisierung von Arbeitsverträgen dann durchaus auf Zustimmung von Arbeitnehmern rechnen, wenn sie an deren unmittelbare, vielleicht ebenso kurzfristige wie -sichtige Interessen appellieren. Gegen eine solche Spielart von Populismus, durch entsprechende ideologische und Medienbeeinflussung vorbereitet und unterstützt, dürften es Appelle an Vernunft, Solidarität und vorausschauendes Denken und Handeln schwer haben. Und ohne die ausdrückliche und tätige Unterstützung eines Großteils ihrer Mitglieder für eine Forderung werden die Gewerkschaften ihr im Ernstfall kaum zwingend Nachdruck verschaffen können. Eine solche Niederlage dürfte ähnlich gravierende Konsequenzen nach sich ziehen wie ein fauler Kompromiß bei Tarifverhandlungen.

Stehen die Gewerkschaften also tatsächlich wieder einmal am Scheideweg - um eine Feststellung aus den frühen fünfziger Jahren aufzunehmen.⁶ Man wird sagen können, daß die Frage heute sowenig zutrifft wie früher. Auch damals ging es nicht um das Prinzip gewerkschaftlicher Arbeit im Kapitalismus: den beharrlichen, schrittweisen Reformismus. Damals wie heute ging es und geht es darum, sich auf eine neue Situation einzustellen: In den fünfziger Jahren war es der Beginn eines rasanten Wirtschaftswachstums, das Nachdenklichkeit, das Bewußtsein von den menschlichen, natürlichen Grenzen weitgehend hinwegspülte. Die Gewerkschaften haben mit Pragmatismus, mit Kooperation und gezieltem Konflikteinsatz viel für die

⁶ Goetz Briefs: Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Die Gewerkschaften am Scheideweg, München 1952

Arbeitnehmer, für den Ausbau des Sozialstaats erreicht und erkämpft. Heute ist es der Prozeß einer rasanten Schädigung der natürlichen Lebensvoraussetzungen, sind es bestenfalls geringfügige Wachstumsraten, ist es ein gefährliches Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Niemand wird bestreiten, daß die Gewerkschaften, die sozusagen Kinder der Industrialisierung sind, sich mit dieser Situation schwerer tun als mit dem Aufschwung vor dreißig Jahren. Aber trotz aller Unkenrufe, die sie zu Dinosauriern eines gescheiterten Industrialismus erklären, sind ihre Prinzipien und ihr Handwerkszeug nach wie vor besser geeignet als die Instrumente von Fundamentalisten linker, grüner, konservativer oder reaktionärer Provenienz.

Entscheidend wird sein, daß die Gewerkschaften die Verbindungen intakt halten können zwischen Mitgliedern, Apparat und Führung, daß sie Wünsche, Vorstellungen, Stimmungen mehrheitsfähig bündeln können, so daß diese nicht jenen Manipulationen anheimfallen, die das Konkurrenzdenken, den Kampf alle gegen alle anstacheln, die Vereinzelung und Entsolidarisierung bewirken. Es dürfte nicht ausreichen, diesen Konzepten, die im Wissen um Wünsche und Ängste der Menschen mit modernsten Formen der Beeinflussung versuchen, gesellschaftliche Strukturen von vorgestern als Mittel gegen die Krise schmackhaft zu machen und so eigene Privilegierung möglichst zu sichern, allein Verbalradikalismus, Vokabular und Vorschläge aus den Arsenalen der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen. Auf den Gewerkschaftskongressen des vergangenen Jahres waren, neben dem sachlich-ernsthaften Bemühen um praktikable Wege zur Krisenbekämpfung, solche Tendenzen erkennbar - und wurden vom Großteil der Medien sofort genüßlich „gewürdigt“. Insbesondere für die Gewinnung und Organisierung der Jugend - ein zentrales Problem der Gewerkschaften - dürfte eine „Reideologisierung“, eine verbale Radikalisierung nach rückwärts, nicht nützlich sein. Viele der Jüngeren begnügen sich nicht mit alten Erklärungsansätzen und wohlklingenden Floskeln. Glaubwürdigkeit hängt für sie mit nachweisbaren Anstrengungen und sichtbaren Taten auf Feldern zusammen, die die Gewerkschaften bisher nur wenig beachtet haben. Und wenn nicht alles täuscht, wächst auch die Zahl der nicht mehr ganz so Jungen, die das ähnlich sehen. Für Organisationen, die wie die Gewerkschaften immer wieder auf Loyalität und Handlungsbereitschaft von Mitgliedern und Arbeitnehmern angewiesen sind, ist es ebenso wichtig, Jugendliche in großer Zahl für sich zu gewinnen wie möglichst viele Arbeitnehmer in neuen Industrien und in neuen Arbeitszusammenhängen.

Es wird nicht einfach sein, Wege zu finden, auf denen z. B. Wünsche nach mehr individuellen Gestaltungsmöglichkeiten auch im Arbeitsleben verbunden werden mit gewerkschaftlicher Solidarität, mit sozialstaatlicher und tariflicher Sicherung unter Schonung und Wahrung der natürlichen Lebensvoraussetzungen, mit der Erhaltung eines bestimmten Niveaus an Lebensstandard, mit der Gewährleistung von Freiheit. Aber solche Wege müssen gesucht werden, wenn die Zukunft anders aussehen soll als Orwell sie beschrieben hat. Dabei werden die Gewerkschaften über vieles hinauszudenken und -zugehen haben, was bisher gedacht und gemacht worden ist. Ihre Prinzipien werden sie dabei nicht aufzugeben haben, auch wenn sie sich ihrer gelegentlich neu besinnen müssen.